

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 22. Januar 1992

am Donnerstag, dem 23. Januar 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Adler, Brigitte (SPD)	58, 59	Kolbe, Regina (SPD)	35, 36
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	17, 18	Kubatschka, Horst (SPD)	67, 77
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	16, 21	Lennartz, Klaus (SPD)	86
Bartsch, Holger (SPD)	3, 33	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	11, 89
Böhm, Wilfried (Melsungen) (CDU/CSU)	92, 93	Dr. Müller, Günther (CDU/CSU)	12, 13
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	45, 46	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	68, 69
Caspers-Merk, Marion (SPD)	84, 85	Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	80, 81
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	10, 26	Opel, Manfred (SPD)	43, 44
Erlar, Gernot (SPD)	41, 42	Ostertag, Adolf (SPD)	39, 40
Dr. Fell, Karl H. (CDU/CSU)	29, 30	Dr. Otto, Helga (SPD)	63, 64
Ferner, Elke (SPD)	70, 71	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	47, 72
Fuchs, Katrin (Verl) (SPD)	90, 91	Dr. Pfaff, Martin (SPD)	52, 53
Gansel, Norbert (SPD)	25, 94	Reuter, Bernd (SPD)	8, 9
Harries, Klaus (CDU/CSU)	75, 76	Dr. Riege, Gerhard (PDS/Linke Liste)	34
Dr. Hartenstein, Liesel (SPD)	87, 88	Schäfer, Harald B. (Offenburg) (SPD)	78, 79
Dr. Hirsch, Burkhard (FDP)	6, 7	Schaich-Walch, Gudrun (SPD)	56, 57
Jäger, Renate (SPD)	1, 2	Schmidt-Zadel, Regina (SPD)	54, 55
Kampeter, Steffen (CDU/CSU)	22, 62	Schwalbe, Clemens (CDU/CSU)	37, 38
Kastner, Susanne (SPD)	82, 83	Steen, Antje-Marie (SPD)	50, 51
Kirschner, Klaus (SPD)	48, 49	Stiegler, Ludwig (SPD)	31, 32
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	14, 15	Titze, Uta (SPD)	60, 61
Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20	Wallow, Hans (SPD)	23, 24
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	73, 74	Walz, Ingrid (FDP)	4, 5
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	27, 28	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	65, 66

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	16

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)
Ist die Bundesregierung nach wie vor der Meinung (siehe Plenarprotokoll 12/63), daß vom Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen eingeräumte Rückübertragungsansprüche an Grundeigentum der Eigentumsgarantie des Artikels 14 Grundgesetz unterliegen?
2. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)
Vertritt die Bundesregierung den Standpunkt, daß der aus dem Rechtsstaatsprinzip folgende Gedanke des Vertrauensschutzes gebiete, dem Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ Vorrang einzuräumen, und wenn ja, gilt dies auch bei der Umsetzung des Artikels 41 Abs. 2 des Einigungsvertrages?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

3. Abgeordneter
**Holger
Bartsch**
(SPD)
Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in der Lausitz die Braunkohle-Förderung und -Verarbeitung eine strukturbestimmende Industrie darstellt, deren Erhaltung damit auch aus regionalpolitischen Gesichtspunkten unverzichtbar ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

4. Abgeordnete
**Ingrid
Walz**
(FDP)
Welche Konsequenzen hält die Bundesregierung für erforderlich angesichts der Tatsache, daß einige Importeure von Thunfischkonserven sich von ihren Lieferanten schriftlich zusichern lassen, daß die Fänge ohne Treibnetze erfolgt seien und dies auf den Konserven durch Aufkleber „Delphinfreundlich gefangen“ dokumentieren, obwohl die Einhaltung des Treibnetzfishverbotes in internationalen Gewässern von keiner offiziellen Einrichtung kontrolliert und überprüft wird?

5. Abgeordnete
**Ingrid
Walz**
(FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Projekte zu fördern, die die Länder des Südens in die Lage versetzen, im Rahmen ihrer territorialen Zuständigkeiten den Fischfang entsprechend der internationalen Übereinkünfte zu kontrollieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend

6. Abgeordneter
**Dr. Burkhard
Hirsch**
(FDP)

Wie ist es möglich, daß der Redakteur Erich Kieckhöfel in der Zeitschrift „Der Zivildienst, Magazin für den Zivildienstleistenden“, Heft 8/91, September 91, Seiten 22 bis 28, unter der Überschrift „Asyl. Eine Welt auf der Flucht vor sich selbst. Zelte = Kathedralen unseres Jahrhunderts.“ einen wüsten Hetzartikel gegen Flüchtlinge veröffentlichen konnte, in dem Flüchtlinge pauschal für Kriminalität, die Mafia, Rauschgift usw. verantwortlich gemacht werden, und was wird die Bundesregierung veranlassen, um die Leserschaft nach dieser kaum verhüllten Volksverhetzung sachlich zu informieren?

7. Abgeordneter
**Dr. Burkhard
Hirsch**
(FDP)

Welche Haushaltsmittel stehen dem für die Herausgabe der Zeitschrift verantwortlichen Bundesamt für den Zivildienst für diese Zeitschrift zur Verfügung, und wie übt die Bundesregierung die Fach- und Dienstaufsicht in Fällen dieser Art aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

8. Abgeordneter
**Bernd
Reuter**
(SPD)

Wie hoch sind die Kosten, die dem Unternehmensbereich POSTDIENST für den der Firma McKinsey erteilten Auftrag entstehen, bestimmte Postdienststellen auf Einsparungsmöglichkeiten beim Personaleinsatz zu überprüfen, angesichts der Tatsache, daß die notwendigen Analysen im wesentlichen von den betreffenden Bediensteten selbst geleistet werden müssen?

- | | |
|---|---|
| 9. Abgeordneter
Bernd
Reuter
(SPD) | Ist der Auftrag ordnungsgemäß öffentlich ausgeschrieben worden, so daß sich auch andere Unternehmensberatungsfirmen darum hätten bewerben können? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordneter
Wolf-Michael
Catenhusen
(SPD) | Welche deutschen Forschungseinrichtungen und Firmen waren an der Entwicklung der von der Bundesregierung geförderten Gaszentrifugentechnik beteiligt, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, daß irakische Staatsbürger dort zeitweise tätig waren? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|--|
| 11. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Was spricht nach Auffassung der Bundesregierung gegen eine Fortführung des für die deutsche Einheit durchaus positiv zu bewertenden Jugendradios DT 64? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Günther
Müller
(CDU/CSU) | Warum hat die Bundesregierung nicht dem Wunsch des Bundesrates entsprochen, bis 31. Dezember 1991 einen Finanzierungsplan für den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin vorzulegen? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Günther
Müller
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung entsprechend der in Drucksache 12/914 gefaßten EntschlieÙung des Bundesrates noch in dieser Legislaturperiode eine Aufstellung über die Folgekosten und ihre Finanzierung des Regierungsumzuges nach Berlin vorlegen? |
| 14. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich
Knaape
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, den Komplex der Kriegsfolgenentschädigung 1992 gesetzlich zu regeln, und wie hoch sind die dafür benötigten finanziellen Mittel? |

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD) | Gedenkt die Bundesregierung, 1992 den Lastenausgleich für die in den neuen Bundesländern lebenden Vertriebenen zu regeln, und wie hoch wird die Entschädigung sein? |
| 16. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU) | Weshalb wird die erkennungsdienstliche Behandlung (z. B. Fingerabdrücke) von Asylbewerbern zur Verhinderung von Mißbräuchen nicht vorgenommen? |
| 17. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) | Über welche die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland betreffenden Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung bezüglich des Rechtsextremismus/Radikalismus, und wie begegnet die Bundesregierung dieser Bedrohung? |
| 18. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) | Wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz bezüglich der Verfassungsmäßigkeit der PDS? |
| 19. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Von welcher gesetzlichen Grundlage sieht die Bundesregierung einen Einsatz der im Besitz deutscher Geheimdienste befindlichen und dort getesteten Computerviren als „nachrichtendienstliche Mittel“ derzeit als gedeckt an, und in welchem Zusammenhang haben deutsche Geheimdienste – ähnlich wie Medienmeldungen zufolge die gegen Irak verbündeten Länder während des Golfkriegs – bereits solche Computerviren eingesetzt? |
| 20. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | In welchem Umfang hat das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin Informationen aus den im Frühjahr 1990 erlangten 5000 sogen. „Telefonzielkontrollauftrags“-Akten über westdeutsche Bürger entgegen dem Vernichtungsbeschluß der Innenministerkonferenz vom Sommer 1990 nicht nur behalten, sondern durch eine Einspeisung in das nachrichtendienstliche Datensystem NADIS prinzipiell – entgegen der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 12/1839, S. 12) – auch für das Bundesamt für Verfassungsschutz verfügbar gemacht, und welche weiteren Bundesbehörden außer dem Generalbundesanwalt am 5. November 1991 haben diese Akten bzw. Informationen hieraus zur Nutzung erhalten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

21. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang im Jahre 1991 von den alten Bundesländern Leistungen an die neuen Bundesländer geflossen sind, und inwieweit positive Wirkungen aus der Wiedervereinigung bei den alten Bundesländern zu verzeichnen waren?
22. Abgeordneter
**Steffen
Kampeter**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Überzeugung, daß nach den außerordentlich schwierigen Verhandlungen zum Subventionsabbau darüber nachgedacht werden sollte, ob nicht lineare Kürzungen von Finanzhilfen, Steuervergünstigungen und subventionsähnlichen Leistungen durch ein Gesetz erforderlich sind, um einen befriedigenden und dauerhaften Erfolg bei der Umsetzung dieses politischen Zieles zu erreichen?
23. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Auf Grund welcher konkreter Informationen erhärtete sich der Anfangsverdacht, auf dessen Basis die Bundesregierung Strafverfahren gegen mehrere deutsche Firmen wegen illegaler Lieferungen von Atomtechnik angestrengt hat?
24. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Seit wann und durch wen ist die Bundesregierung darüber informiert, daß Anlaß zum Verdacht auf illegale Lieferung von Atomtechnik in den Irak besteht?
25. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- In wie vielen Fällen sind seit dem 1. August 1990 mit welchem Ergebnis Strafverfahren nach dem Außenwirtschaftsgesetz wegen ungenehmigter Lieferungen in den Irak eingeleitet worden?
26. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, daß Firmen, die als Zulieferer bei der Entwicklung der Gaszentrifugentechnik und für die kommerzielle Nutzung dieser Technik bei der Firma Urenco tätig waren, Zulieferungen für das irakische Gaszentrifugenprogramm vorgenommen haben?
27. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Werden bei der Vergabe von Aufträgen durch Treuhandunternehmen andere Treuhandunternehmen – insbesondere solche, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage oder in einer strukturschwachen Region befinden – besonders berücksichtigt, oder werden alle potentiellen Anbieter gleich behandelt?

- | | |
|--|--|
| 28. Abgeordneter
Manfred
Kolbe
(CDU/CSU) | Unterstützt die Treuhandanstalt ihre Unternehmen bei der Vermarktung ihrer Produkte allgemein und insbesondere auf dem westdeutschen Markt? |
| 29. Abgeordneter
Dr. Karl H.
Fell
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie Presseberichte der letzten Wochen nahelegen – die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London bei ihren Finanzierungen Projekte bestimmter Nationen, insbesondere solche von französischer Seite, bevorzugt? |
| 30. Abgeordneter
Dr. Karl H.
Fell
(CDU/CSU) | Entspricht der personelle Anteil deutscher Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung nach Zahl und Bedeutung der Positionierungen dem anderer vergleichbarer europäischer Staaten? |
| 31. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD) | Wie viele Arbeitnehmer sind derzeit bei den Stationierungsstreitkräften beschäftigt, und wie viele davon sind Ortskräfte und Mitglieder des jeweiligen Gefolges der Truppe? |
| 32. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD) | Wie ist der derzeitige Stand der Bemühungen um Lärmschutzmaßnahmen am Truppenübungsplatz Grafenwöhr, und bis wann werden die einzelnen Vorhaben realisiert werden? |
| 33. Abgeordneter
Holger
Bartsch
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Treuhandanstalt bei der Privatisierung der ostdeutschen Braunkohlenindustrie den gemeinsamen Verkauf der Laubag und der Mibrag anstrebt, wodurch gegebenenfalls Verzögerungen auftreten, und wie steht sie zu dieser Strategie? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 34. Abgeordneter
Dr. Gerhard
Riege
(PDS/Linke Liste) | Welche Konsequenzen hätte eine Halbierung der Dauer von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wie sie vom Bundesminister für Wirtschaft öffentlich gefordert wird, für laufende und zukünftige Vorhaben im Bereich der Forschung und Entwicklung, in dem Fragen der Qualifikation, der fachlichen Einarbeitung und vor allem der Herausbildung und Erhaltung von Wissenschaftlergruppen eine große Bedeutung besitzen, und wären die Vorgaben des Erlasses der Bundesanstalt für Arbeit vom April 1991 über ABM im Bereich Wissenschaft, Forschung und technologische Entwicklung überhaupt noch realisierbar? |
|---|--|

35. Abgeordnete
**Regina
Kolbe**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, warum es im Arbeitsamt Leipzig zwischen Juli und Dezember 1991 zu Verzögerungen bei der Auszahlung von Leistungen der Arbeitsverwaltung gekommen ist?
36. Abgeordnete
**Regina
Kolbe**
(SPD)
- Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Bundesregierung einzuleiten, um diesem Mißstand abzuhelpen, um damit auch die Aussage des Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im nachhinein zu decken, der in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung am 11. Dezember 1991 erklärt hatte, daß solche Verzögerungen nicht mehr vorkommen?
37. Abgeordneter
**Clemens
Schwalbe**
(CDU/CSU)
- Läßt sich das im Beitrittsgebiet gezahlte Altersübergangsgeld an das Niveau des Nettobetrag des in den alten Bundesländern gezahlten Altersübergangsgeldes anpassen – analog zur stufenweisen Anhebung der Bestandsrenten im Beitrittsgebiet –, und wie ist diese Anpassung durchführbar?
38. Abgeordneter
**Clemens
Schwalbe**
(CDU/CSU)
- In welchem zeitlichen Rahmen kann eine derartige Maßnahme vollzogen werden, und welche Schritte erfordert diese Dynamisierung?
39. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Verbeamtung von Beschäftigten der ostdeutschen Arbeitsverwaltung für notwendig, und wenn ja, warum?
40. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
- Mit welchen Prüfungen und nach welchen Grundsätzen will die Bundesregierung sicherstellen, daß Beschäftigte in der Arbeitsverwaltung insbesondere in Führungspositionen nicht politisch belastet sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

41. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Weshalb ist neben der VEBEG für die Aufgabe der Verwahrung und Verwertung des NVA-Materials mit der „Materialdepot-Service-Gesellschaft mbH (MDSG)“ noch eine weitere Firma beauftragt worden?

- | | |
|--|---|
| 42. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) | Wie sieht die Aufgabenverteilung zwischen VEBEG, VEMIG und MDSG bei der Verwahrung und Verwertung des NVA-Erbes aus, und wie wird diese Aufgabenverteilung begründet? |
| 43. Abgeordneter
Manfred Opel
(SPD) | Welchen Anteil hat der Bund an der mit der Verwahrung und Verwertung von NVA-Material betrauten „Materialdepot-Service-Gesellschaft mbH (MDSG)“, und auf welche Weise kontrolliert die Bundesregierung die Arbeit der MDSG? |
| 44. Abgeordneter
Manfred Opel
(SPD) | Auf welche Weise rekrutiert die MDSG ihre Mitarbeiter, und auf welcher Vertragsbasis arbeiten die MDSG-Mitarbeiter? |
| 45. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
(SPD) | Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen ihrer Auffassung der gegenwärtigen Bedrohungssituation und den Gründen der Entscheidung zugunsten der deutsch-französischen Entwicklung einer „unsichtbaren Drohne“ für militärische und zivile Zwecke, und welche Gründe sind dies im einzelnen? |
| 46. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
(SPD) | Welchen zivilen Zwecken kann die geplante „unsichtbare Drohne“ dienen, und würde ihr ziviler Einsatz nach Ansicht der Bundesregierung schon allein ihre Entwicklung rechtfertigen? |
| 47. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP) | Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, daß die amerikanischen Streitkräfte die Rhein-Main-Air Base in Frankfurt früher räumen werden als den Flughafen Wiesbaden-Erbenheim? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

- | | |
|---|--|
| 48. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD) | Aus welchen Gründen ist die im Gesundheits-Reformgesetz spätestens zum 1. Januar 1992 vorgesehene Einführung einer Krankenversicherungskarte anstelle des Krankenscheins nicht erfolgt, obwohl die Spitzenverbände der Krankenkassen rechtzeitig die notwendigen Vorbereitungen getroffen haben, und wie will die Bundesregierung erreichen, daß diese gesetzliche Regelung und die damit verbundenen Regelungen des SGB V zu der Kosten- und Leistungstransparenz in der Krankenversicherung und zur wirksamen Ausgestaltung der Wirtschaftlichkeitsprüfungen der Ärzte und Zahnärzte umgesetzt werden? |
|---|--|

49. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung eine gesetzliche Grundlage für die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung geforderte Einführung einer elektronischen Krankenversicherten-Chipkarte anstelle des Krankenscheins, auf der nicht nur Daten zur Person des Versicherten, sondern auch Angaben über die verschiedenen Arztbesuche und die Krankheiten des Versicherten gespeichert werden können, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorschlag im Hinblick auf die Gewährleistung des Datenschutzes?
50. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- In welchem Umfang werden in der Bundesrepublik Deutschland Silikonimplantierungen vorgenommen, und welche Kurz- und Langzeitforschungsergebnisse liegen dem Bundesgesundheitsamt und dem Bundesministerium für Gesundheit derzeit über Risiken und Nebenwirkungen von Silikonimplantaten vor?
51. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung neuere Forschungsergebnisse abzuwarten und sich dem amerikanischen und australischen Moratorium hinsichtlich Silikonpräparaten anzuschließen?
52. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)
- Welche Informationen hat das Bundesministerium für Gesundheit darüber, daß es durch derartige körperliche Implantate zu allergischen Reaktionen und Abstoßkomplika­tionen gekommen ist und dadurch evtl. medizinisch indizierte Operationen notwendig wurden?
53. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Ausmaß Schadensersatzansprüche gestellt bzw. Entschädigungen gezahlt worden sind?
54. Abgeordnete
Regina Schmidt-Zadel
(SPD)
- Wie kann die Bundesregierung angesichts der Meldungen, daß Silikonimplantate in Zusammenhang gebracht werden mit erhöhtem Krebsrisiko, Störungen im Immunsystem und chronisch entzündlichen Erkrankungen die Unbedenklichkeit der Implantate gewährleisten?
55. Abgeordnete
Regina Schmidt-Zadel
(SPD)
- Welche Alternativmöglichkeiten zu Silikon sind bisher für die brustamputierten Frauen bekannt, und welche Alternativforschungen laufen derzeit?
56. Abgeordnete
Gudrun Schaich-Walch
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie sich das ehemals als Schmier- und Dichtungsmittel für US-amerikanische Marineschiffe entwickelte Silikon verhält, wenn es durch Verschleiß der umhüllenden Plastiktasche in den menschlichen Körper gelangt?

57. Abgeordnete
**Gudrun
Schaich-Walch**
(SPD)
- Auf welchen Gebieten und mit welchen Fragestellungen laufen derzeit Forschungen in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen dieser Produkte?
58. Abgeordnete
**Brigitte
Adler**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, wenn nach einer Brustoperation auf den Silikonersatz verzichtet wird, daß die psychischen Operationsfolgen mit Hilfe zusätzlicher psychosozialer Betreuung bewältigt werden müssen und daß dabei besonderer Wert auf eine gemeinschaftliche Partnerbetreuung gelegt werden sollte?
59. Abgeordnete
**Brigitte
Adler**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Einfuhr von Silikonpräparaten aus dem Ausland weiterhin zulassen, und wie sieht sie deren Sicherheit für die damit zu behandelnden Personen gewährleistet?
60. Abgeordnete
**Uta
Titze**
(SPD)
- Welchen Handlungsrahmen leitet die Bundesregierung von der Tatsache ab, daß in Tierversuchen deutliche Auswirkungen auf das Immunsystem aufgrund körperfremder Silikonimplantate nachgewiesen wurden?
61. Abgeordnete
**Uta
Titze**
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung in absehbarer Zeit darum kümmern, daß neueres Informationsmaterial aus den USA, wo in dem Prozeß einer silikongeschädigten Frau Schadensersatzanspruch von ca. 7 Mio. Dollar gewährt wurde, entsprechenden Fachkreisen in der Bundesrepublik Deutschland zugänglich gemacht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

62. Abgeordneter
**Steffen
Kampeter**
(CDU/CSU)
- Welche sachlichen Notwendigkeiten sieht die Bundesregierung zur Privatisierung der Wetterdienste in der Bundesrepublik Deutschland, und gibt es bereits konkrete Planungen?
63. Abgeordnete
**Dr. Helga
Otto**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Zeitschrift „ADAC-Motorwelt“ Nr. 1/92, Seiten 68 ff. aufgestellte Behauptung, eine bundesweite Umfrage bei den Hubschrauber-Notärzten habe ergeben, daß 90% der Notärzte Schwierigkeiten hatten, für ihre Notfallpatienten ein aufnahmebereites Krankenhaus zu finden, und daß bei über 80 % der Notärzte dadurch mehrmals pro Woche Verzögerungen in der Weiterbehandlung auftraten?

64. Abgeordnete
Dr. Helga Otto
(SPD)
- Gibt es Überlegungen und Aktivitäten der Bundesregierung, in Anbetracht der katastrophalen Situation bei der Unfallrettung bundeseinheitliche Regelungen zu schaffen?
65. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- Wie viele Städte oder Gemeinden haben sich jeweils in den letzten drei Jahren mit dem Wunsch nach Beratung im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) direkt an das Bundesministerium für Verkehr gewandt?
66. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- In wie vielen Fällen ist das Bundesministerium für Verkehr dabei bereits beratend tätig geworden im Zusammenhang mit der Planung von Investitionsobjekten in einer Kommune?
67. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung den seit 17. Dezember 1991 vorliegenden Antrag der Deutschen Bundesbahn zur Beschaffung von 75 Doppelstockwagen für den Großraum München genehmigen, und in welcher Reihenfolge werden die vorgesehenen Strecken mit diesen Wagen ausgestattet?
68. Abgeordneter
Albrecht Müller (Pleisweiler)
(SPD)
- Wäre die Bundesregierung bereit – im Blick auf die Errichtung des EG-Binnenmarktes Ende 1992 und im Geiste des europäischen Gedankens –, etwas für die Mobilität der nichtmotorisierten „Europäer“ zu tun und Maßnahmen zu ergreifen, damit es zwischen Rheinland-Pfalz und dem Nachbarland Frankreich wieder eine Personen-zugverbindung gibt?
69. Abgeordneter
Albrecht Müller (Pleisweiler)
(SPD)
- Wäre sie willens und in der Lage, die nötigen Aufwendungen, zum Beispiel für die Strecke Neustadt/Weinstraße – Strasbourg (für eine Bedienung im Zweistundentakt wäre hier maximal ein neues Fahrzeug anzuschaffen und der Oberbau zu verbessern) aus übergeordneten europäischen Gründen mit Sondermitteln zu finanzieren?
70. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung dem Beginn der Bauarbeiten im baureifen Abschnitt der A 8 zwischen den Anschlußstellen Merzig/Wellingen und Perl/Borg im Haushaltsjahr 1992 nicht zugestimmt, obwohl die A 8 im Bundesverkehrswegeplan in der höchsten Dringlichkeitsstufe enthalten ist, und für welche anderen Verkehrsprojekte sind von der Bundesregierung in diesem Jahr die Mittel nicht freigegeben worden?

71. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung ihre Meinungsbildung über privatwirtschaftliche Finanzierungsmodelle im Verkehrsbereich abgeschlossen haben, und wie will die Bundesregierung die Finanzierung der A 8 unabhängig von Entscheidungen über privatwirtschaftliche Finanzierungsmodelle im Verkehrsbereich sicherstellen?
72. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)
- Weshalb haben die Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat der Flughafen Frankfurt AG am 13. Januar 1992 einem Beschluß zugestimmt, wonach die Option auf eine Nutzung des Flughafens Wiesbaden-Erbenheim im Ergebnis aufgegeben wurde?
73. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß durch eine Übernahme der Rhein-Main-Air Base aus amerikanischer Hand die notwendige Kapazitätsentwicklung des Rhein-Main-Flughafens gesichert werden könnte?
74. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(FDP)
- Aufgrund welcher Konzepte oder Überlegungen und mit welchen Ergebnissen wird die Möglichkeit beurteilt, durch die Verlagerung geeigneter Flugbewegungen auf benachbarte Flughäfen (Saarbrücken, Köln/Bonn, Nürnberg, Erfurt) bzw. kleinere Flugplätze im Rhein-Main-Gebiet (Erbenheim, Egelsbach, Griesheim u. a.) den Kapazitätsengpaß des Rhein-Main-Flughafens zu bewältigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

75. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in dem beim niedersächsischen Umweltministerium gebildeten „Beirat für Fragen des Kernenergieausstiegs“ ein sachlich-fachlich kompetentes, unabhängiges und ernstzunehmendes Gremium, und welche Kontakte bestehen ggf. zu diesem Gremium?
76. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Deutschen Gesellschaft zum Bau von Endlagern, daß der Laugenzutritt im Dezember 1991 im Schacht 1 in Gorleben kein Grund ist, die weitere Abteufung der Schächte 1 und 2 in Gorleben einzustellen und das Salzlager in Gorleben nach derzeitigem Kenntnisstand als ungeeignet für ein Endlager anzusehen?

77. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Altpapierquote für aus Skandinavien importiertes Zeitungsdruckpapier einzuführen?
78. Abgeordneter
Harald B. Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung bereits Erkenntnisse über die Rücknahme von Transportverpackungen vor, nachdem die Verpflichtung zur Rücknahme aufgrund der Verpackungsverordnung am 1. Dezember 1991 in Kraft getreten ist?
79. Abgeordneter
Harald B. Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Hat diese Regelung bereits Auswirkungen auf die Gestaltung der Transportverpackungen nach sich gezogen, und auf welche Weise wird sichergestellt, daß die anfallenden Transportverpackungen auch zurückgenommen und wiederverwendet bzw. stofflich verwertet werden?
80. Abgeordnete
Jutta Müller
(Völklingen)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele entsorgungspflichtige Körperschaften bereits Verträge mit der „Duales System Deutschland“ (DSD) abgeschlossen haben?
81. Abgeordnete
Jutta Müller
(Völklingen)
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, z. B. in Kooperation mit den Ländern, den Kommunen eine Hilfestellung bei der Erarbeitung von Kriterien, die bei Vertragsabschluß mit dem DSD zu berücksichtigen sind, zu erarbeiten, und vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine solche Hilfestellung dann noch rechtzeitig kommt?
82. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Besteht nach Ansicht der Bundesregierung aus der Verpackungsverordnung heraus eine rechtliche Verpflichtung für Kommunen oder Kreise, die Einführung des Dualen Systems durch Verträge privater Entsorger mit der „Duales System Deutschland“ zu dulden?
83. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Welche rechtlichen Konsequenzen für die Einführung des Dualen Systems in einem Bundesland hätte es nach Ansicht der Bundesregierung, wenn eine kommunale Gebietskörperschaft einer Einführung des Dualen Systems nicht bereit ist zuzustimmen?
84. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß bei Vertragsabschlüssen der „Duales System Deutschland“ mit privaten Entsorgern solche Entsorgerfirmen berücksichtigt werden, die regionale Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit vorhandenen Sammel- und Verwertungssystemen haben?

- | | |
|---|---|
| 85. Abgeordnete
Marion
Caspers-Merk
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen zahlreicher Winzergenossenschaften, daß durch die neuen Regelungen der Verpackungsverordnung, die zur Einführung des Dualen Systems geführt haben, Weinpfeifflaschen und die neuen wiederbefüllbaren Flaschen nach Euro-norm vom Markt gedrängt werden? |
| 86. Abgeordneter
Klaus
Lennartz
(SPD) | Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die im Entschließungsantrag des Bundesrates geforder-ten ergänzenden Verordnungen zur Verpackungsverordnung vorzulegen? |
| 87. Abgeordnete
Dr. Liesel
Hartenstein
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeit als Entwurf vorliegende EG-Verpackungsrichtlinie? |
| 88. Abgeordnete
Dr. Liesel
Hartenstein
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung den eindeu-tigen Vorrang von Einwegverpackungen in der Verpackungsrichtlinie im Hinblick auf den vor kurzem vorgelegten Entwurf einer Getränke-mehrwegverordnung? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|---|
| 89. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Weshalb war die Bundesregierung angesichts ihrer Verpflichtung, die Interessen deutscher Staatsbürger wahrzunehmen, bislang nicht be-reit, die Völkerrechtswidrigkeit der Vertreibung vieler Millionen Deutscher aus ihrer angestamm-ten Heimat durch eine Klage beim Internationa-len Gerichtshof in Den Haag feststellen zu lassen, zumal die Bundesregierung die Frage des Eigen-tums der Deutschen aus den Vertreibungsgebie-ten bislang ausdrücklich offengehalten (im Ver-trag mit Polen bewußt nicht abschließend gere-gelt) hat, und das Verfahren beim Internationalen Gerichtshof nur als Staatenklage zulässig ist, so daß den betroffenen Vertriebenen der unmittel-bare Weg zum Gerichtshof verwehrt bleibt? |
| 90. Abgeordnete
Katrin
Fuchs
(Verl)
(SPD) | Treffen Meldungen verschiedener Nachrichten-agenturen zu, wonach die jugoslawische Bundes-regierung die Bundesrepublik Deutschland be-schuldigt, am 19. Dezember 1991 60 Panzer und vier Haubitzen nach Rijeka geliefert zu haben? |

91. Abgeordnete
Katrin Fuchs
(Verl)
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, aus welchen Quellen dieses Kriegsgerät stammt und wer die Lieferung veranlaßt hat?
92. Abgeordneter
Wilfried Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung aufgrund der völlig veränderten Weltlage, um mit anderen Staaten gemeinsam Mitverantwortung im Weltsicherheitsrat zu tragen, in dem die entscheidenden Beschlüsse zur Friedenssicherung in der Welt getroffen werden, zumal ein deutscher Beitrag zu dieser Friedenssicherung erwartet wird?
93. Abgeordneter
Wilfried Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung angesichts der völlig veränderten Weltlage jetzt eine Notwendigkeit zu einer Satzungsänderung der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta (der sogenannten „Feindstaatenklauseln“), zumal ein deutscher Beitrag zur Friedenssicherung in der Welt durch die Vereinten Nationen erwartet wird?
94. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Trifft es zu, daß Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, dem griechischen Ministerpräsidenten Mitsotakis die Zusicherung gegeben haben, daß sie sich einer völkerrechtlichen Anerkennung Mazedoniens durch die Europäische Gemeinschaft widersetzen würden, wie Agenturmeldungen berichten (Agenturübersicht des Bundespresseamtes NSP AUSL/15. Januar 1992)?

Bonn, den 17. Januar 1992

